

vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 06 „Mehrzweckhalle alternative Energie Priborn“ der Gemeinde Priborn

TEIL A: PLANZEICHNUNG mit integriertem Vorhaben- und Erschließungsplan



TEIL B: TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

1. BAUPLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN
(gemäß § 9 BauGB i.V.m. BauNVO)

1. Art der baulichen Nutzung
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. §§ 1 bis 11 BauNVO)
1.1. Sonstiges Sondergebiet (SO) gemäß § 11 Abs. 2 BauNVO mit der Zweckbestimmung „Mehrzweckhalle“
Innerhalb des Sonstigen Sondergebietes SO sind folgende Nutzungen zulässig

- ein Bürostratz,
- Unterbringung von Technik zur Erzeugung, Nutzung und Weiterverarbeitung von alternativen Energien sowie den dabei entstehenden Neben- und Endprodukten,
- Materiallager für Ersatzteile
- Unterstellplätze für die Maschinen und Geräte
- Betriebswege und Stellflächen

1.2. Im Rahmen der festgesetzten Nutzungen sind nur solche Vorhaben zulässig, zu deren Durchführung sich der Vorhabenträger im Durchführungsertrag verpflichtet (§ 12 Abs. 3a BauGB).

2. Maß der baulichen Nutzung
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. §§ 15 – 21a BauNVO)
Das Maß der baulichen Nutzung ist der Nutzungscharakter in der Planzeichnung zu entnehmen.

2.1. Höhe der baulichen Anlagen
(§ 18 BauNVO)
Die Höhe der baulichen Anlagen wird als Oberkante (OK) der baulichen Anlagen in der Nutzungscharaktere festgesetzt:

- Im Sonstigen Sondergebiet bei 20,0 m über der Geländeoberkante
- Die Geländeoberkante liegt bei 69,9 m ü. NNH im DHHN 2016

3. Bauweise und überbaubare Grundstücksfläche
(§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. §§ 22-23 BauNVO)
3.1. Überbaubare Grundstücksfläche
Die überbaubare Grundstücksfläche wird durch Baugrenzen in der Planzeichnung definiert.

4. Niederschlagswasserbeseitigung (§ 9 Abs. 1 Nr. 14 BauGB)
Das verschmutzte Niederschlagswasser von befestigten Flächen wird gesammelt, an die Straßenentwässerung angeschlossen und den Behältern der Bränsanlage zugeführt. Eine Ableitung in Oberflächenwasser ist ausgeschlossen.
Das aus den unbefestigten Freiflächen anfallende unverschmutzte Niederschlagswasser ist am Anfallort durch die belebte Bodenzone zu versickern. Das unverschmutzte Niederschlagswasser von der Dachfläche der Halle ist in den Lössleichen abzuleiten. Das unverschmutzte Niederschlagswasser von den sonstigen Dachflächen der ggf. erforderlichen Nebenanlagen ist auf die Grünflächen innerhalb des Grundstücks abzuleiten und über die belebte Bodenzone zu versickern.

5. Grünordnerische Festsetzungen
5.1. Flächen oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)
5.1.1. Maßnahme A 1: Anlage einer Streuobstwiese
Auf der Fläche A 1 ist auf einer Fläche von 0,46 ha eine Streuobstwiese anzulegen. Die Obst-Hochstämme (30 Stück) werden in einem Pflanzraster von 12 m x 12 m gepflanzt. Es sind Hochstämme alter Kultursorten mit einem Stammumfang von mind. 10-12 cm zu verwenden. Die Pflanzungen sind dauerhaft zu erhalten und zu pflegen.
Die Ersternte erfolgt durch Bodenlockerung und Einsaat von 50 % Regio-Saatgut. Die Mahd erfolgt 2 x jährlich zwischen 1. Juli und 30. Oktober, mit Ausrüst der Mähfräse.

5.1.2. Maßnahme A 2: Entwicklung von Trocken- und Magerrasen auf aufgelassenen Standorten (i. V. m. Maßnahme A-CEP-1 des vBP Nr. 05)
Die Fläche A 2 (736 m²) ist von Unrat zu befreien und darauf sandig-kiehlige Habitatsflächen für Reptilien sowie blütenreiche Ruderalflächen für die An siedelung von Insekten zu entwickeln. Das im Zuge des vBP Nr. 05 angelegte Ersatzhabitat für die Zaunseiche ist dauerhaft zu erhalten. Vorhandene Ruderalstrukturen auf den Endwälen sind für Bodenbrüter zu erhalten. Die Fläche ist mit dem Entwicklungsziel eines Trocken- und Magerrasens zu pflegen und dauerhaft von Gehölzen freizuhalten.

5.2. Erhalt von Bäumen, Sträuchern und sonstiger Bepflanzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)
5.2.1. Die in der Planzeichnung zur Erhaltung festgesetzten Hecken sind auf Dauer zu erhalten, während der Bauphase wirksam zu schützen und bei Verlust durch Neupflanzung der abgelaufenen Art in vergleichbarer Pflanzqualität zu ersetzen. Ebenso sind die geschützten straßenbegleitenden Gehölzreihen entlang der nördlichen Geltungsbereichsgrenze (Linden-Baumreihe, Baumhecke) als Sichtschutz zu erhalten.

5.2.2. Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie Bindungen für die Erhaltung (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB)
5.2.3. Kompensationsmaßnahme K 1 (Heulagerhalle): Anlage einer Hecke im Siedlungsbereich
Auf den Teilflächen K 1.1 und K 1.2 ist eine rund 160 m (jeweils 100 m und 60 m) lange und 8 m breite dreireihige freilebende Hecke aus standortheimischen Baum- und Straucharten gebietseigener Herkunft gemäß Pflanzhinweisen (Hinweis 5) zu entwickeln und dauerhaft zu erhalten. Die Maßnahme ist Bestandteil der Realisierung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 06 umgesetzt.

5.2.4. Kompensationsmaßnahme K 2 K 4 (Heulagerhalle): Anlage einer Hecke im Siedlungsbereich
Auf der restlichen Fläche K 2 ist eine rund 110 m lange und 10 m breite freilebende vierreihige Hecke (K 4) aus standortheimischen Baum- und Straucharten gebietseigener Herkunft gemäß Pflanzhinweisen (Hinweis 5) zu entwickeln und dauerhaft zu erhalten. Die Maßnahme ist Bestandteil der Realisierung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 06 umgesetzt.

5.2.5. Bepflanzung der unbebauten Flächen
Die unbebauten Flächen des sonstigen Sondergebietes sind durch die Einsaat einer geeigneten heimischen Gras-Kräuter-Mischung zu begrünen.

5.3. Zuordnungsfestsetzung Ökopoente
Die Kompensation des Eingriffes in Natur und Landschaft erfolgt anteilig über ein Ökokoito. Aus dem Ökokoito „Extensive Agrarlandschaft Muschwitz“ (LUP-361) der Flächenagentur M-V GmbH werden 1,376 m² Kompensationsökoindektoren (Ökoindektoren) zugeteilt.

5.4. Flächen für Versorgung
Die als „Fläche für die Vor- und Entsorgung – Zweckbestimmung: Löschwasserversorgung“ festgesetzte Fläche dient ausschließlich der Sicherstellung der Löschwasserversorgung im Plangebiet. Sie ist dauerhaft freizuhalten, zu unterhalten und jederzeit für Einsatzfahrzeuge zugänglich zu halten. Die Ausgestaltung erfolgt in Abstimmung mit der zuständigen Brandschutzbehörde.

II. Hinweise und nachrichtliche Übernahmen
1. Bodenschutz
Bei Erschließungs- und Baumaßnahmen ist mit Boden sparsam und schonend umzugehen, die Funktionen des Bodens zu sichern bzw. wiederherzustellen, schädliche Bodenverunreinigungen sind abzuwehren. Insbesondere bei bodenschädigenden Prozessen wie z. B. Bodenverdichtungen und Stoffeinträgen ist Vorsorge gegen das Entstehen von schädlichen Bodenverunreinigungen zu treffen. Bodenverdichtungen, Bodenverunreinigungen und Bodenverunreinigungen sind zu vermeiden. Das Bodengetriebe bzw. wichtige Bodenfunktionen sind bei einem möglichst geringen Flächenverbrauch zu erhalten.

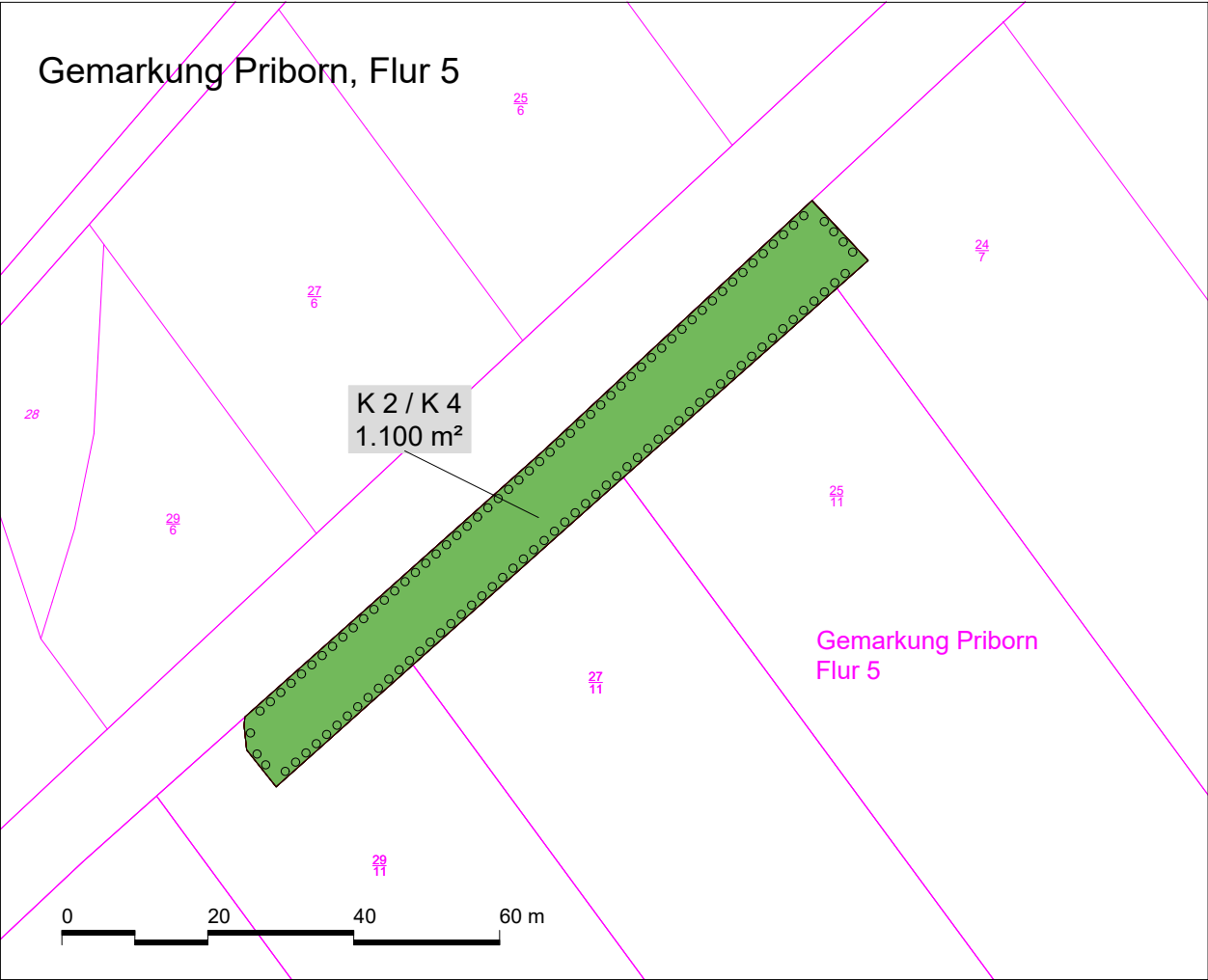
2. Gehölzschutz
An zu erhaltenden Gehölzen ist im Baulandbereich für die Bauland- und Wurzelbereich gemäß DIN 18920 und R 88B vorzusehen. Die bautechnische Bepflanzung von Bäumen innerhalb des Geltungsbereiches ist auf das erforderliche Minimum zu beschränken. Die randlich an den Geltungsbereich angrenzenden Biotopstrukturen dürfen nicht in Anspruch genommen oder beschädigt werden.

3. Artenschutz
V-ASB-1: Baulandregelung (Baulandfreisetzung und Baulandaufbau Brutzell)
Zur Vermeidung baubedingter Beeinträchtigungen einzelner Individuen streng geschützter Arten (Fledermäuse) oder europäischer Vogelarten (Türknecht, Hausrotschwanz, Hausperlmöve) bzw. ihrer Fortpflanzungs- und Ruhestätten im Sinne von § 39 Abs. 1 und Abs. 5 BNatSchG ist die Baulandfreisetzung außerhalb der Bau- und Vegetationsperiode durchzuführen, d. h. im Zeitraum von 1. Oktober bis 30. Februar. Geplante Baulandarbeiten (Hochbauten, Befestigung Zufahrten) sind außerhalb der Haupt-Vogelbrutzeit durchzuführen (März bis Juli).
Auf nördliche Baulandarbeiten sowie während der Dämmerungszeiten ist zu verzichten, um Störungen von dämmerungs- und nachtaktiven Arten durch Licht oder auch optische Störungen zu vermeiden.
V-ASB-2: Einrichtung temporärer Reptilienschutzzone
Zum Schutz lokaler Reptilienpopulationen erfolgt die lokale Abschirmung des Eingriffsbereiches während der Errichtung weiterer Hochbauten und der Befestigung von Zufahrten. Hierfür sind mobile Schutzzaune entlang des Baulandes in Abstimmung mit der Umweltbauleitung witterungsabhängig aufzustellen. Dies betrifft insbesondere die Abschirmung des im Zuge des vBP Nr. 05 neu angelegten Ersatzhabitats für die Zaunseiche (ehemaliger Lagerplatz im nordöstlichen Geltungsbereich) nach Süden entlang der Zufahrtstrasse. Die Sperreinstellung muss während der gesamten Bauphase jeweils während der Aktivitätszeiten (März bis einschließlich Oktober) voll funktionstüchtig sein. Nach Errichten der temporären Sperrzone ist das Bauland innerhalb der Zäune 1-2 mal täglich auf Individuen zu kontrollieren und die Tiere durch geeignetes Fachpersonal in das Ersatzhabitat umzusetzen.
V-ASB-3: Umweltbauleitung
Die baubehördenbestimmten Arbeiten sowie die Bauausführung in Bereichen mit angrenzenden geschützten Biotopen sowie im Wurzel- und Traubereich von Bäumen und Hecken sind durch eine Umweltbauleitung zu begleiten. Hierfür hat eine im Natur- und Artenschutzrecht fachkundige Person regelmäßig auf der Baustelle anwesend zu sein. Die Kontrollen sind in kontinuierlicher Abstimmung mit der Bauleitung und ggf. unter Hinzuziehung der Unteren Naturschutzbehörde durchzuführen. Sie umfassen:

- Kontrolle der Baulandfreisetzung / Baulandaufbau (s. V-ASB-1)
- fachliche Begleitung der Erdimpfungsarbeiten und der Entwicklung von Trocken- und Magerrasen auf aufgelassenen Standorten i. V. m. dem Ersatzhabitat für die Zaunseiche (Maßnahme A-CEP-1 des vBP Nr. 05)
- Schutz- und Vermeidungsmaßnahmen im Bauland (Errichtung von Sperrzäunen, Absammeln und Umsetzen von Reptilien) sind fachlich zu begleiten (s. V-ASB-2)

4. Pflanzhinweise zu den Heckenpflanzungen K 1.1, K 1.2 und K 4
Die Heckenpflanzungen erfolgen dreireihig bei einer Gesamtbreite von 8 m bzw. vierreihig bei einer Gesamtbreite von 10 m mit einem Reihenabstand von 1,5 m. Der Pflanzabstand in der Reihe beträgt 1,0 m. Versetzt sind 10-20 % Hecke einzeln einzumischen. Im Abstand von ca. 20 - 25 m sind großkronige Bäume als Überhälter zu pflanzen. Es ist ein wirksamer Schutz gegen Wildverbiss vorzusehen (Einzäunung). Hierbei sind die in der Begründung zum Bebauungsplan aufgeführten Pflanzlisten 1-3 sowie die Pflanzqualitäten zu verwenden.

Externe Kompensationsfläche



TEIL C: PLANZEICHENERKLÄRUNG (§2 Abs. 4 PlanZV)

Signaturen gemäß Planzeichenverordnung - PlanZV 1990

I. Darstellungen mit Normcharakter

1. Art der baulichen Nutzung
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 des Baugesetzbuches - BauGB, §§ 1 bis 11 der Baunutzungsverordnung - BauNVO)

SO Sonstiges Sondergebiet
Zweckbestimmung: Mehrzweckhalle
(§ 11 BauNVO)

2. Maß der baulichen Nutzung
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 16 BauNVO)

0,6 Grundflächenzahl
OK 20,0 m Oberkante, als Höchstmaß

3. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 22 und 23 BauNVO)

3.5. Baugrenze

6. Verkehrsflächen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)

6.1. Straßenverkehrsflächen, privat

6.4. Einfahrt

7. Flächen für Versorgungsanlagen, und Einrichtungen und sonstige Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken
(§ 9 Abs. 1 Nr. 12, 14 und Abs. 6 BauGB)

LW 7. Löschwasserversorgung

9. Grünflächen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB)

9. Private Grünflächen

13. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft
(§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und Abs. 6 BauGB)

13.1. Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft
(§ 9 Abs. 1 Nr. 20 und Abs. 6 BauGB)

13.2.1. Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 25a und Abs. 6 BauGB)

13.2.2. Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen, sowie von Gewässern
(§ 9 Abs. 1 Nr. 25b und Abs. 6 BauGB)

A - geplante Maßnahmenflächen K - Sicherung der alten Kompensationsflächen

15. Sonstige Planzeichen
15.13. Grenze des räumlichen Geltungsbereiches
(§ 9 Abs. 7 BauGB)

Vorhandene Verkehrsflächen

Geplante Verkehrsflächen

II. Nachrichtliche Übernahmen und Darstellungen ohne Normcharakter - Darstellung des Bestands

Flurstücksgrenzen, -nummern
Gebäude-, Anlagenbestand
Medienleitungen
Höhenpunkte (Vermessung)

PRÄAMBEL:

Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert am 20. Dezember 2023 durch Artikel 3 des Gesetzes (BGBl. I Nr. 394 vom 22.12.2023) sowie der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern (LBauO M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Oktober 2015 (GVOBl. M-V 2015, S. 344), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juni 2021 (GVOBl. M-V S. 1033) wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung vom folgende Satzung der Gemeinde Priborn über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 06 „Mehrzweckhalle alternative Energie Priborn“ der Gemeinde Priborn, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) mit integriertem Vorhaben- und erschließungsplan und dem Text (Teil B) erlassen:

VERFAHRENSVERMERKE

1. Aufstellungsbeschluss
Der Gemeinderat der Gemeinde Priborn hat in der Sitzung vom 01.04.2025 die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans gemäß § 12 BauGB beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am ortsüblich bekannt gemacht.

2. Billigungs- und Auslegungsbeschluss des Vorentwurfs
Der Vorentwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes und die Begründung i. d. F. v. wurden durch den Gemeinderat der Gemeinde Priborn in der Sitzung vom gebilligt und zur Offenlage bestimmt.

3. Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit
Der Vorentwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes i. d. F. v. wurde gemäß § 3 Abs. 1 BauGB vom bis einschließlich öffentlich ausgelegt. Die Unterlagen waren zeitgleich auf der Internetseite des Amtes Röbel-Müritz verfügbar.
Ort und Dauer der Auslegung wurden am im Amtlichen Bekanntmachungsblatt dem "Müritz Anzeiger" am ortsüblich bekannt gemacht.

4. Frühzeitige TÖB- und Behördenbeteiligung
Die von der Planung berührten Behörden und Träger öffentlicher Belange sind nach § 4 Abs. 1 BauGB mit Schreiben vom zur Abgabe einer Stellungnahme und einer Äußerung zum erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgefordert worden.

RECHTSGRUNDLAGEN

- Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 23. August 2023 (BGBl. I Nr. 221)
- Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), die durch Artikel 3 des Gesetzes vom 4. Januar 2023 (BGBl. I Nr. 6) geändert worden ist
- Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung - PlanZV) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I, S. 58), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802) geändert worden ist
- Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern (LBauO M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Oktober 2015 (GVOBl. M-V 2015, S. 344), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juni 2021 (GVOBl. M-V, S. 1033)



Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 06 Mehrzweckhalle alternative Energie Priborn Vorentwurf, FS. September 2025

Planungshoheit:	Gemeinde Priborn Marktplatz 1 17207 Röbel / Müritz	Projekt-Nummer: 10-25-018
Bauleitplanung:	BPM Ingenieurgesellschaft mbH Ostra - Allee 20 01607 Dresden www.bpm-ingenieure.de	Maßstab Planzeichnung: 1: 1.000
Versionierung <i>Version/ erstellt/ bearbeitet/ geprüft/ Datum/ Beschreibung</i>	Lagebezug: ETRS89 (UTM 33N) - EPSG: 5650 DHHN 2016	Maßstab Übersichtskarte: o.M.
0,0 / etr / etr / ekö / 2025-09-26 / LP1 Vorentwurf Prüffassung		
0,1 /		
0,2 /		
0,3 /		
0,4 /		
0,5 /		